SENEGAL

Gewerkschaftsmonitor

Mai 2025

POLITISCHE, WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE RAHMENBEDINGUNGEN

POLITISCHE ENTWICKLUNG

Senegal gilt mit seiner gefestigten Demokratie als Stabilitätsanker und wichtiger politischer Partner der internationalen Gemeinschaft in der Region Westafrika. Im März 2024 fanden die letzten Präsidentschaftswahlen statt, gefolgt von vorgezogenen Parlamentswahlen im November. Der 42-jährige Oppositionskandidat Bassirou Diomaye Faye der Partei PASTEF (*Les patriotes africains du Sénégal pour le travail, l'éthique et la fraternité*) gewann die Präsidentschaftswahlen mit 54 Prozent der Stimmen überraschend deutlich; auch bei den darauffolgenden Parlamentswahlen erzielte seine Partei die absolute Mehrheit. PASTEF war mit dem Versprechen angetreten, einen Bruch mit dem bisherigen politischen System und eine tiefgreifende Transformation des Landes herbeizuführen, zu der auch eine Neuausrichtung der Beziehungen zu Frankreich zählt. Die senegalesische Gesellschaft hat ihrem Wunsch nach politischer Veränderung mit der Wahl Fayes deutlich Ausdruck verliehen.

Den Präsidentschaftswahlen vorausgegangen war eine tiefe politische Krise und ein gesellschaftlich angespanntes Klima. Dieses entlud sich im Juni 2023 als der ehemalige Oppositionsführer und PASTEF-Chef Ousmane Sonko verhaftet wurde und es zu Massenprotesten und Ausschreitungen mit über 30 Toten kam. Eine zusätzliche Rolle spielte bei den Protesten, dass der ehemalige Präsident Macky Sall (2012–2024) es weiter in der Schwebe hielt, ob er ein drittes Mal bei den Präsidentschaftswahlen antreten würde, was die Verfassung eigentlich verbietet. Zu einer weiteren Zuspitzung der Situation kam es im Februar 2024, wenige Wochen vor den Präsidentschaftswahlen, als Noch-Präsident Sall versuchte den Wahltermin zu verschieben, was einer unrechtmäßigen Verlängerung seiner Amtszeit gleichgekommen wäre. In einem historischen Urteil entschied der senegalesische Verfassungsrat, dass eine Verschiebung des Wahltermins nicht verfassungskonform sei. Dank anhaltender Mobilisierung der Zivilgesellschaft sowie auf Druck der internationalen Gemeinschaft beugte sich Sall am Ende dem Urteil und die Wahlen fanden ohne weitere Zwischenfälle statt.

Da Sonko von den Präsidentschaftswahlen ausgeschlossen war, schickte er an seiner Stelle den bis dato unbekannten Bassirou Diomaye Faye ins Rennen. Dieser ist Mitbegründer PASTEFs und wie Sonko ehemaliger Steuerbeamter, hatte aber bis zum Zeitpunkt der Wahl keinerlei politisches Amt bekleidet und war erst zehn Tage vor der Wahl gemeinsam mit Sonko aus der Haft entlassen worden. Nach seiner Wahl zum Präsidenten ernannte Faye Sonko zum Premierminister, der auch offiziell weiter großen Einfluss hat. Faye löste im September 2024 verfassungsgemäß nach zwei Jahren die Nationalversammlung auf und es kam zu vorgezogenen Parlamentswahlen im November. PASTEF gewann mit 130 von 165 Sitzen die absolute Mehrheit und kann damit Verfassungsänderungen vornehmen.

Die Regierung hat eine ambitionierte Agenda, die sogenannte Vision 2050 vorgelegt, unter anderem mit dem Ziel, die Wirtschaft umzubauen, mehr Arbeitsplätze und bessere Ausbildungsmöglichkeiten für die Jugend und Frauen zu schaffen. Die Umsetzung dieser Agenda wird jedoch durch den engen finanziellen Handlungsspielraum eingeschränkt. Nach einem von der Regierung in Auftrag gegebenen Audit des Bundesrechnungshofes, dessen Ergebnisse der Internationale Währungsfonds (IWF) im März 2025 bestätigte, liegt die Verschuldung und das Haushaltsdefizit deutlich höher als von der Vorgängerregierung Macky Salls angegeben. Die Regierung verfolgt mit der Offenlegung der Zahlen eine Agenda der Transparenz und Rechenschaftspflicht. Wirtschafts- und Finanzkriminalität werden ebenfalls stärker verfolgt als zuvor. Zwischen September 2024 und April 2025 wurden beispielsweise vom *Pool judiciaire financier*, welches diese Straftaten ahndet, mehr als 250 Personen festgenommen und über 22 Millionen EUR beschlagnahmt.

Die Regierung hat in ihrem ersten Jahr im Amt weitere Audits in Auftrag gegeben, um beispielsweise die abgeschlos-

senen Verträge zur Gas- und Ölförderung zu prüfen und auf der Basis der Ergebnisse neu zu verhandeln. Große Reformprojekte lassen jedoch bislang auf sich warten. Das Duo Faye und Sonko versucht vor allem, sich durch einen neuen Politikstil und einen Diskurs der nationalen Souveränität von seinen Vorgängern abzuheben. Symbolträchtig wurde daher auch die Schließung der noch verbleibenden französischen Militärbasen verkündet und Faye reiste nicht, wie üblich, auf Antrittsbesuch nach Frankreich, sondern in die Nachbarländer.

WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE LAGE

Die wirtschaftlichen Aussichten des Senegals zählen laut IWF mit einer vorhergesagten Wachstumsrate von 8,8 Prozent im Jahr 2025 zu den besten Afrikas. Der Grund für diese positive Prognose ist der Beginn der Gasförderung vor der Küste Senegals und Mauretaniens, was laut Regierung sowohl die Staatseinnahmen steigern als auch Impulsgeber für weiteres Wirtschaftswachstum sein soll. Im Jahr 2024 lag die Wachstumsrate bei 5,6 Prozent, wobei die Landwirtschaft und der Bergbau die wichtigsten Wachstumstreiber waren. Daneben zählten im Jahr 2021 der Dienstleistungssektor (Anteil von 24,7 Prozent am Bruttoinlandsprodukt/BIP) und der Industriesektor (Anteil von 49,6 Prozent am BIP) zu den wirtschaftlich relevantesten Sektoren. Obwohl der Beitrag der Landwirtschaft zum BIP mit 9,6 Prozent niedrig ist, beschäftigt sie nach wie vor 60 Prozent der aktiven Bevölkerung. Die Vision 2050 setzt daher auf eine Transformation der Landwirtschaft und den Aufbau lokaler Wertschöpfungsketten. Daneben wurde bereits unter Macky Sall in der Stadt Diamniadio, 30 Kilometer vor Dakar, der Aufbau einer Sonderwirtschaftszone in Form eines Industrieparks vorangetrieben. Durch ihn sind ca. 5 000 Arbeitsplätze entstanden. Das in der Sonderwirtschaftszone geltende Arbeitsrecht unterscheidet sich signifikant von dem des übrigen Landes, beispielsweise hinsichtlich der maximalen wöchentlichen Arbeitsstunden, des Kündigungsschutzes oder befristeter Arbeitsverträge. Gewerkschaften sind lediglich in den nach Diamniadio ausgelagerten staatlichen Unternehmen präsent und kaum in der neu angesiedelten Privatwirtschaft. Finanziert wird das Großprojekt mithilfe chinesischer Unterstützung.

Die durchschnittliche jährliche Inflationsrate betrug 2024 1,5 Prozent und ist nach einem historischen Hoch im Jahr 2022 von knapp zehn Prozent wieder deutlich gesunken. Die gestiegenen Energie- und Lebensmittelpreise belasten jedoch nach wie vor die Privathaushalte. Zwar hat die neue Regierung im Juni 2024 als eine der ersten Maßnahmen monetäre Höchstgrenzen für bestimmte Grundnahrungsmittel verabschiedet, doch musste sie feststellen, dass sich Preiskontrollen nur schwer umsetzen lassen. Die Maßnahmen zur Bekämpfung der negativen Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Bevölkerung, wie beispielsweise die Übernahme von Strom- und Wasserrechnungen von über einer halben Million vulnerabler Haushalte, wurden von den Gewerkschaften mitgetragen. Gleichzeitig gab es gewerkschaftliche Kritik am Management der Hilfsfonds und an der mangelnden Transparenz – berechtigt, wie ein Bericht des Bundesrechnungshofs Anfang Januar 2023 bestätigte, der die Veruntreuung von Mitteln durch einzelne Ministerien offenlegte. Diese werden nun von der neuen Regierung geahndet und nach der Aufhebung der Immunität zweier ehemaliger Minister der Regierung Macky Salls durch das Parlament könnte Anklage gegen sie erhoben werden. Die Regierung will auch Macky Sall selbst vor Gericht bringen, was aber nur im Fall von Hochverrat möglich ist.

Die Corona-Pandemie und die Auswirkungen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine haben das Niveau der Staatsverschuldung in den vergangenen Jahren steigen lassen. Dem Audit des Bundesrechnungshofes zufolge beliefen sich die öffentlichen Schulden im Februar 2025 auf 99,7 Prozent des BIP (statt der zuvor angegeben 74,4 Prozent) und auch das Haushaltsdefizit ist mit 12,3 Prozent drei Mal so hoch, als das, was die Vorgängerregierung von offizieller Seite verkündet hatte. Der IWF stellte aufgrund dieser Diskrepanz die Auszahlung weiterer Kredite bis auf Weiteres ein und internationale Ratingagenturen stuften den Senegal in seiner Kreditwürdigkeit herunter. Verhandlungen mit dem IWF über eine Wiederaufnahme laufen derzeit und sollen bis zum Sommer 2025 abgeschlossen sein. Ein beträchtlicher Anteil des Schuldendienstes, gemessen an den Staatseinnahmen, entfällt auf Auslandsschulden. Das Land verfügt in der aktuellen Situation über einen sehr begrenzten Spielraum, um mögliche neue Schocks zu absorbieren. Die Gewerkschaften verhalten sich in der Schuldenfrage bislang zurückhaltend.

Mit dem Antritt der neuen Regierung verzeichnete das öffentliche Baugewerbe im letzten Quartal 2024 einen Einbruch von über 10 Prozent. Dies ist einer Verlangsamung der Bautätigkeiten geschuldet, die durch einen von der Regierung verhängten Baustopp entstand. Darüber hinaus ist die Regierung gegenüber zahlreichen Bauunternehmen im Zahlungsrückstand, was direkte Auswirkungen auf die geschätzt 200.000 Beschäftigen des Sektors hat, viele davon Tagelöhner_innen. Die Regierung hat auch für den als undurchsichtig geltenden Bausektor ein Audit in Auftrag gegeben, dessen Ergebnisse jedoch bislang nicht bekannt sind. Sowohl Gewerkschaften als auch Unternehmerverbände fordern die Regierung auf, den Baustopp aufzuheben.

Die Armutsrate lag im Jahr 2024 unverändert bei 36,4 Prozent. Laut UN-Daten stagniert die Armutsreduktion, was als eine der größten Herausforderungen bei der Umsetzung der Globalen Nachhaltigkeitsziele (*Sustainable Development Goals*) genannt wird – neben der Gleichstellung der Geschlechter und den Auswirkungen des Klimawandels. Auf dem *Human Development Index* (2024) liegt der Senegal mit Platz 169 im hinteren Drittel der bewerteten 191 Länder. Aufgrund des Mangels an grundlegender sozialer Infrastruktur und fehlender Investitionen in ländlichen Gebieten ist eine starke Abwanderung der jungen Landbevölkerung in die Städte zu beobachten, mit der die Hoffnung auf bessere sozioökonomische Aussichten verbunden ist.

Der Anteil des informellen Sektors an der Wirtschaft insgesamt beträgt laut Daten der Internationalen Arbeitsorgani-

sation (ILO) aus dem Jahr 2018 90,2 Prozent, weshalb besser von der »informellen Wirtschaft« als nur von einem »Sektor« gesprochen werden sollte. Die Schaffung von Arbeitsplätzen im Privatsektor stagniert und die Industrialisierungsstrategie der Regierung hat bislang nicht den gewünschten Erfolg erzielt. Die wenigen Arbeitsplätze im formellen Sektor sind zudem ungleich zwischen Frauen und Männern verteilt: Arbeitnehmerinnen machen lediglich einen Anteil von 7,6 Prozent aus. Frauen sind besonders von Unterbeschäftigung und niedriger Produktivität betroffen und sehr zahlreich im informellen Sektor vertreten. Das patriarchalisch geprägte Gesellschaftssystem dominiert im Senegal weitgehend Wirtschaft, Gewerkschaften und Parteien; kulturelle, religiöse und ideologische Traditionen spielen dabei eine große Rolle, wie beispielsweise in Gestalt der im Senegal wichtigen muslimischen Bruderschaften. Eine große sozialpolitische Herausforderung ist die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, jährlich kommen ca. 200 000 bis 300 000 junge Menschen neu auf den Arbeitsmarkt, der nicht in der Lage ist, diese zu absorbieren, sodass häufig informelle Beschäftigungsverhältnisse die Folge sind.

GEWERKSCHAFTSPOLITISCHER KONTEXT

Die Gewerkschaftslandschaft im Senegal ist stark fragmentiert und es existieren zahlreiche Branchengewerkschaften und mehr als 20 Gewerkschaftsdachverbände, die insgesamt höchstens 500.000 Arbeitnehmer_innen vertreten. Fünf der 20 Dachverbände sind Mitglied des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB). Im öffentlichen Sektor stellt dies die Regierung vor die Herausforderung zu entscheiden, mit wem sie in Gespräche und Verhandlungen treten soll. Die senegalesische Regierung lässt daher seit 2017 im Ausbildungs- und Bildungssektor und auf der Ebene der Dachverbände sogenannte »Repräsentationswahlen« abhalten. Im Bildungssektor ist eine besonders hohe Zahl von über 70 Gewerkschaften präsent. Nur die Gewerkschaften, die mehr als zehn Prozent der gesamten abgegebenen gültigen Stimmen auf sich vereinen, werden vom Arbeitsministerium als repräsentativ anerkannt und dürfen für einen Zeitraum von fünf Jahren bei Tarifverhandlungen die Interessen der Beschäftigten vertreten. Wahlberechtigt sind die Gewerkschaftsmitglieder. Bei den letzten Repräsentationswahlen auf Dachverbandsebene im Dezember 2023 waren 316.950 Personen wahlberechtigt, von denen aber lediglich 92.350 von diesem Recht Gebrauch machten (dies entspricht einer Wahlbeteiligung von 29,1 Prozent). Die Anzahl der Wahlberechtigen war zwar um 60.000 Personen höher als beim letzten Mal, was für einen Mitgliederzuwachs spricht, jedoch blieb die prozentuale Wahlbeteiligung ungefähr auf gleichem Niveau. Auf dem ersten Platz landete erneut der Dachverband CNTS mit 23,5 Prozent der Stimmen gefolgt von UNSAS mit 21,4 Prozent. Die CNTS bleibt damit mit einem Stimmenvorsprung von 21.000 der „repräsentativste" Dachverband.

In den vergangenen knapp zwei Jahren sind folgende gesellschaftliche Initiativen gestartet und Streiks durchgeführt worden:

- Nach dem Regierungswechsel im April 2024 fand bereits wenige Wochen später, anlässlich des 1. Mai 2024, ein erstes Treffen zwischen der neuen Regierung und den wichtigsten Gewerkschaftsdachverbänden statt. Präsident Faye kündigte an, Gespräche über einen neuen Sozialpakt aufzunehmen und nahm die traditionell am 1. Mai von den Gewerkschaften überreichten *„cahiers de doléances"* (Beschwerdebücher) entgegen. Faye bekräftige die Nähe seiner Regierung zur Arbeiterschaft und versprach, den Arbeiter_innen ihre Würde zurückgeben zu wollen. Die Hoffnung, dass dieses Versprechen schnell eingelöst würde, verschaffte der neuen Regierung zwar einige Monate Ruhe, doch die Harmonie war nur von kurzer Dauer. Die Stimmung zwischen Gewerkschaften und der neuen Regierung spitzte sich Ende 2024 zunehmend zu.

- Im Februar 2025 fand eine gewerkschaftliche Versammlung vor der „Bourse du Travail" Dakars statt, zu der alle großen Dachverbände kollektiv aufgerufen hatten, um mit einer Stimme gegen die „Kündigungswelle" von ca. 3000 Personen aus dem öffentlichen Dienst und die Krise in anderen Sektoren (Baugewerbe, Gesundheit) zu demonstrieren. Sie protestierten gegen den mangelnden Dialog mit der Regierung, sowie anhaltend hohe Lebenskosten. Die Drohung eines Generalstreiks stand im Raum. Daraufhin fand am 27. Februar 2025 im großen Theater Dakars ein tripartites Treffen mit Premierminister Sonko statt, der die gängige Praxis, die eigene politische Anhängerschaft mit Posten im öffentlichen Dienst zu versorgen, anprangerte. Vor dem Hintergrund der desolaten finanziellen Haushaltslage bat er die Gewerkschaften, ihre Streiks und Proteste einzustellen und kündigte ein Audit des öffentlichen Sektors an.

- Im März 2025 wurde als Antwort auf die Entlassungen eine neue gewerkschaftliche Bewegung mit dem Namen *„Rassemblement des travailleurs du Sénégal"* (RTS) gegründet. Sie vertritt die ehemaligen Beschäftigten (halb-) staatlicher Unternehmen und Einrichtungen, wie dem Flughafen und Hafen Dakars, der staatlichen Lotteriegesellschaft, der staatlichen Transportgesellschaft und einiger Ministerien. Den teils befristeten, teils unbefristeten Beschäftigten wurde von der neuen Regierung offiziell aus Kostengründen gekündigt. Diese unterstellen politische Motive und verlangen ihre Wiedereinstellung.

- Am 1. Mai 2025 wurde im Beisein von Premierminister Ousmane Sonko ein neuer *„Pacte de stabilité sociale"* (Pakt zur sozialen Stabilität) zwischen den wichtigsten Gewerkschaften, Unternehmerverbänden und Regierung unterzeichnet. Dieser soll drei Jahre gültig sein und den sozialen Dialog stärken sowie verloren gegangenes Vertrauen wiederherstellen. Er enthält im Vorfeld verhandelte Vereinbarungen, wie eine Verbesserung der Kaufkraft und verbesserte Arbeitsbedingungen für Beschäftigte in Schlüsselsektoren, wie beispielsweise

des Gesundheits- und Bildungssektors. Die Regierung hat sich verpflichtet, diese innerhalb eines Jahres umzusetzen. Im Gegenzug soll es drei Jahre keine Streiks geben. Kommt die Regierung ihren Versprechen im ersten Jahr nicht nach, verliert der Pakt seine Gültigkeit. Das Renteneintrittsalter soll ebenfalls auf Forderung der Gewerkschaften auf 65 Jahre angehoben werden (aktuell 60 Jahre). Hintergrund ist das niedrige Rentenniveau, das es den Menschen nicht erlaubt, von ihrer Rente zu leben, weshalb es viele bevorzugen, weiterzuarbeiten. Durch die junge Bevölkerung verfügt das Land zwar theoretisch über ausreichend Beitragszahler_innen, doch da der formale Arbeitsmarkt diese nicht absorbieren kann, ist auch die Rentenkasse nicht ausreichend finanziert. Junge Gewerkschaftsmitglieder beklagen hingegen, dass es durch diese Maßnahme noch schwieriger wird, auf dem formalen Arbeitsmarkt eine Anstellung zu finden.

– Auf Anordnung des Kommunikationsministeriums mussten im Februar 2025 fast 400 Medienunternehmen ihre Tätigkeit aufgrund „Nichteinhaltung" des neuen Pressekodexes einstellen. Über 600 Presseorgane hatten über die vergangenen Monate versucht, sich beim Ministerium registrieren zu lassen, aber lediglich 258 wurden bescheinigt, den Anforderungen des neuen Kodex zu entsprechen. Die Veröffentlichung der Liste sorgte auch für Proteste unter den Gewerkschaften, wie der Gewerkschaft der Informations- und Kommunikationsfachleute (SYNPICS), deren neu gewählter Generalsekretär das Ministerium aufforderte, die Anordnung zurückzunehmen.

– 2024 und 2025 kam es im Gesundheitssektor auf regionaler und nationaler Ebene zu Streiks, in denen gegen die geringe personelle und finanzielle Ausstattung des Sektors demonstriert wurde. Die Gewerkschaften forderten beispielsweise die Einstellung von jährlich 3000 neuen Beschäftigten für die kommenden fünf Jahre, eine bessere Bezahlung, sowie die Bereitstellung von Wohnraum für die Beschäftigten.

– Die Gewerkschaftsallianz der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes *(l'Intersyndicale des travailleurs des collectivités locales)* rief in den Jahren 2023/2024 zu mehreren kürzeren Streiks auf. Sie forderte anhaltend von der Regierung die Einhaltung der Rechte der Beschäftigten in den Verwaltungen der Gebietskörperschaften (Regionen, Kommunen und Dörfern), insbesondere im Hinblick auf die mit der Regierung unterzeichneten Vereinbarungen und die Erhöhung der Gehälter. Anders als vereinbart, war die Gehaltserhöhung nur ansatzweise umgesetzt worden. Im Februar 2023 kündigte ein Rundschreiben des zuständigen Ministeriums für Gebietskörperschaften erneut an, die gesetzlichen Bestimmungen würden nun umgesetzt. Doch praktisch wird den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes noch immer die entsprechende Tarifentlohnung vorenthalten. Daran hat sich auch unter der neuen Regierung bislang nichts geändert.

GEWERKSCHAFTEN IM SENEGAL – FAKTEN UND DATEN

HISTORISCHE ASPEKTE

Wie überall im frankophonen Afrika war auch im Senegal die Gewerkschaftsbewegung ein »Nebenergebnis« einer Konferenz der französischen Kolonialmacht, und zwar der sogenannten Konferenz von Brazzaville im Jahre 1944. General de Gaulle erkannte auf dieser Konferenz an, dass es politische, soziale und ökonomische Reformen im französisch beherrschten Teil Afrikas geben müsse, und versprach eine grundlegende Neuordnung der Beziehungen zwischen Frankreich und seinen Kolonien. Per Dekret erhielten die Senegales_innen das Recht, Gewerkschaften zu gründen. Der große Eisenbahnerstreik von 1947 führte schließlich dazu, dass der Grundsatz der Gleichbehandlung aller Beschäftigten mit französischer oder senegalesischer Staatsangehörigkeit festgeschrieben wurde. Der Streik inspirierte und förderte außerdem die Gründung von Gewerkschaften auf nationaler Ebene.

Mit der Unabhängigkeit des Senegal im Jahr 1960 begann eine neue Ära. Nach der Einführung eines Einparteiensystems gab es nur noch eine legale Möglichkeit für politisches Engagement: dasjenige innerhalb der Regierungspartei, der *Parti Socialiste* (PS). Die Regierung unter dem ersten Staatspräsidenten Leopold Senghor strebte die Fusion aller bestehenden Gewerkschaften an, was im April 1967 durch die Gründung der *Union nationale des travailleurs du Sénégal* (UNTS) realisiert wurde. Die Mitgliedschaft in der UNTS ging zwingend mit einer Mitgliedschaft in der PS einher und umgekehrt. Die Bildung eines einzigen Gewerkschaftsdachverbands hatte jedoch nicht den gewünschten Effekt, sondern zog im Gegenteil viele militante Oppositionspolitiker_innen aus dem Untergrund an. Die UNTS wurde schließlich im Kontext der Studierendenproteste 1968 aufgelöst und ihre Führungsriege festgenommen. Der Vorwurf lautete, dass sie von der verbotenen kommunistischen Partei durchsetzt sei. Zuvor hatte die Regierungspartei einen neuen Gewerkschaftsbund unter dem Namen *Confédération national des travailleurs du Sénégal* (CNTS) gegründet und in die Partei integriert. Die CNTS ist damit heute die älteste Gewerkschaft im Senegal. Die CNTS genoss zu Anfangszeiten einen besonderen Status und wurde administrativ wie eine weitere Region Senegals behandelt. Damit standen ihr finanzielle Ressourcen, zwei Ministerposten und zehn Prozent der Sitze in der Nationalversammlung zu.

In ihrer Geschichte war die Gewerkschaftsszene im Senegal traditionell geprägt vom Zusammenspiel zwischen Gewerkschaften und politischen Parteien. Mitte der 1970er Jahre wurde unter dem zweiten senegalesischen Präsidenten Abdou Diouf die Gründung politischer Parteien erleichtert, 1981 war der Übergang zum Mehrparteiensystem vollzogen. Damit einher ging die Gründung zahlreicher autonomer Gewerkschaften – z. B. im Gesundheitswesen, im Elektrizitätssektor, im Justizwesen und im Medienbereich –, die mit den verschiedenen Oppositionsparteien verbunden waren.

Tabelle 1
Die wichtigsten gewerkschaftlichen Dachverbände in Senegal

Dachverband	Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Confédération nationale des travailleurs du Sénégal (CNTS, Nationaler Verband der Arbeitnehmer_innen Senegals)	Mody Guiro	223000 (laut IGB 2022) in 108 Mitgliedsgewerkschaften	IGB, IGB Afrika, OATUU (Organisation für Afrikanische Gewerkschaftseinheit), OTUWA (Westafrikanischer Gewerkschaftsbund)
Union Nationale des Syndicats Autonomes (UNSAS, Nationale Union der Autonomen Gewerkschaften)	Marie Yvette Keita	80000 (laut IGB 2022)	IGB, IGB Afrika, OTUWA
Confédération des Syndicats Autonomes du Sénégal (CAS, Verband der autonomen Gewerkschaften Senegals)	Elimane Diouf	70000 (laut IGB 2022)	IGB, IGB Afrika, OTUWA
Confédération nationale des travailleurs du Sénégal – Force du changement (CNTS-FC, Nationale Konföderation der Arbeiter_innen Senegals – Kraft der Veränderung)	Cheikh Diop	16500 (laut IGB 2022)	IGB, IGB Afrika, OTUWA
Union démocratique des travailleurs du Sénégal (UDTS, Demokratische Union der Arbeiter_innen Senegals)		29132 (laut IGB 2022)	IGB, IGB Afrika, OTUWA

Die autonomen Gewerkschaften versuchten sich branchenübergreifend zu organisieren und gründeten aus der Ablehnung der CNTS heraus im Jahr 1990 die *Union Nationale des Syndicats Autonomes du Sénégal* (UNSAS) und im Jahr 1997 die *Confédération des syndicats autonomes du Sénégal* (CSA). Letztere war ursprünglich ein Dachverband, der von den Bildungsgewerkschaften ins Leben gerufen wurde, er öffnete sich im Lauf der Zeit aber auch anderen Sektoren.

Ende der 1990 Jahre wurde es für die CNTS angesichts des wachsenden Einflusses autonomer Gewerkschaften immer schwieriger, ihren Status aufrechtzuerhalten. Auf ihrem Kongress im Jahr 2001 besiegelte die CNTS endgültig ihre Unabhängigkeit von der PS, nachdem sie sich bereits 1976 aus der Partei ausgegliedert hatte, aber weiter mit ihr verbunden geblieben war. Diese Trennung markierte das Ende einer Epoche innerhalb der Gewerkschaftsbewegung. 2002 spalteten sich dann rund 30 Gewerkschaften von der CNTS ab und riefen die *Confédération national des travailleurs du Sénégal – Forces du changement* (CNTS-FC) ins Leben. Diese Entwicklung wurde von der im Jahr 2000 neu ins Amt gewählten Regierung (zum ersten Mal nicht die PS) unterstützt. Bei den Repräsentationswahlen im Jahr 2017 war die CNTS mit einem Stimmenanteil von 36,5 Prozent die erfolgreichste Gewerkschaft. Auf Platz 2 kam die Nationale Union der Autonomen Gewerkschaften (UNSAS, 19,9 Prozent der Stimmen), gefolgt vom Verband der autonomen Gewerkschaften Senegals (CSA, 11,7 Prozent der Stimmen). Im Dezember 2023 wurden diese Gewerkschaften erneut in Wahlen als repräsentativ bestätigt.

Nach einem gewerkschaftsinternen Machtkampf gegen die von Männern dominierten Strukturen gründete sich im Jahr 2018 das gewerkschafts- und sektorenübergreifende Frauennetzwerk *Reseau National des Femmes Syndicalistes* (RENAFES). Das Netzwerk vereint sowohl Gewerkschafterinnen der Dachverbände wie auch Arbeiterinnen aus dem informellen Sektor und ist in allen 14 Regionen des Landes präsent. Mittlerweile wird es vom Staat offiziell anerkannt und gewann somit nicht nur an Autonomie, sondern auch den Anspruch auf staatliche Förderung. Auf politischer Ebene setzt sich das Netzwerk für den Schutz von Arbeiterinnen vor Diskriminierung und für eine verbesserte Gleichstellung von Mann und Frau in der Arbeitswelt ein.

GEWERKSCHAFTSLANDSCHAFT

Die Gewerkschaftsbewegung im Senegal hat, wie oben aufgezeigt, einen tiefgreifenden Wandel von der historischen Einheitsgewerkschaft hin zu einer Ära zahlreicher Neugründungen durchlaufen. Einer der Hauptgründe für die Fragmentierung der Gewerkschaftslandschaft ist der inadäquate rechtliche Rahmen. Die zu erfüllenden Kriterien zur Gründung einer Gewerkschaft stellen keine große Hemmschwelle dar, was von politischen Parteien, Arbeitgebern und Gewerkschaften gleichermaßen missbraucht wird. Beispielsweise können auch in keiner Weise repräsentative Gewerkschaften den Anspruch erheben, ein nationaler Verband zu sein, obwohl sie nur über eine Handvoll Mitgliedsgewerkschaften in einem oder zwei Wirtschaftssektoren verfügen. Andere existieren wiederum nur auf dem Papier. Es gibt seit mehreren Jahren sowohl auf der Ebene der Dachverbände als auch auf der der Branchengewerkschaften die Tendenz, sich zu sogenannten »*Intersyndicales*« zusammenzuschließen, um ihre politische Schlagkraft zu erhöhen. Die Frage

Tabelle 2
Die wichtigsten Branchenverbände bzw. Einzelgewerkschaften in Senegal

Branchenverband / Gewerkschaft	Dachverband	Vorsitz / stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Syndicat Unique et Démocratique des Enseignants du Sénégal (SUDES, Einheitliche und demokratische Lehrer_innen-Gewerkschaft Senegals)	CSA	Amadou Fily Diaoune	Keine Angaben	EI (Education International)
Union Démocratique des Enseignants (UDEN, Demokratische Lehrer_innen-Vereinigung)	CSA	Abdourahmane Gueyue	Keine Angaben	EI, CSFEF (Comité Syndical Francophone pour l'Éducation et la Formation, Frankophones gewerkschaftliches Komitee für Bildung und Ausbildung)
Syndicat Unique des Travailleurs de la Santé et de l'Action Sociale au Senegal (SUTSAS, Einheitsgewerkschaft der Beschäftigten im Gesundheits- und Sozialwesen in Senegal)	Fédération Générale des Travailleurs du Sénégal (Allgemeiner Arbeiterverband Senegals) (FGTS)	Mballo Dia Thiam	13 000 (eigene Angaben 2025)	
Syndicat des Professionels de l'Information et de la Communication au Sénégal (SYNPICS, Gewerkschaft der Informations- und Kommunikationsfachleute im Senegal)	–	Moustapha Cissé Maguette Dong	1 200 (eigene Angaben 2025)	IFJ (International Federation of Journalists)
Syndicat national des professionnels de l'automobile moderne (SYNPAM, Gewerkschaft der Beschäftigten des modernen Automobilsektors)	–	Bamba Niang	1 200 (eigene Angaben 2025)	IFJ (International Federation of Journalists)

nach einer Vereinigung (z. B. durch die Zusammenlegung verschiedener Strukturen) als langfristigem Ziel steht derzeit nicht auf der allgemeinen Agenda, obwohl die großen nationalen Gewerkschaftsdachverbände anerkennen, dass der Pluralismus ein Hindernis ist bei der Verteidigung der Rechte der Arbeitnehmer_innen und bei der Verbesserung der Arbeitsbedingungen.

Verschiedene multinationale Konzerne sind im Senegal präsent, beispielsweise die französische Supermarktkette Auchan, der Telekommunikationsanbieter Orange sowie verschiedene Öl- und Gas-Multis, wie TotalEnergies. Während die Belegschaft des Letzteren gewerkschaftlich organisiert ist, ist dies bei der Supermarktkette Auchan nicht der Fall, die über Filialen in allen großen Städten des Landes verfügt. Das liegt unter anderem an den häufig befristeten Arbeitsverhältnissen.

Mit Blick auf den großen informellen Sektor wurde 2016 die *Confédération Général des Travailleurs de Secteur de l'Informel du Sénégal* (CGTIS) gegründet, da sich Arbeiter_innen der informellen Wirtschaft von den formellen Gewerkschaftsstrukturen häufig nicht angemessen vertreten gefühlt hatten. Die CGTIS war ein Zusammenschluss aus über 75 verschiedenen Organisationen (Gewerkschaften, Verbänden) sowie Selbstständigen der informellen Wirtschaft. Zwar haben die Mitglieder gemeinsame Interessen identifiziert, wie der Zugang zu sozialer Sicherung; gleichzeitig traten aber auch Unterschiede zu Tage, weshalb es zu fünf sektorspezifischen Zusammenschlüssen kam (Transport, Ernährung und Landwirtschaft, Fischerei, Handwerk, Dienstleistungen). Die drei Erstgenannten haben den Gründungsprozess einer eigenen Branchengewerkschaft so gut wie abgeschlossen. Koordiniert werden gemeinsame Aktionen durch den *Cadre intersyndical sectoriel de l'économie informelle* (CISEI).

ARBEITSBEDINGUNGEN DER GEWERKSCHAFTEN

Gewerkschaftliche Rechte wie Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit sind in der Verfassung garantiert: Sowohl im Vorwort als auch in den Artikeln selbst werden sie detailliert beschrieben. Laut Arbeitsgesetz obliegt es dem Innenministerium, jedem Berufszweig bzw. jeder Branche die Freiheit der gewerkschaftlichen Organisation zu gewähren. Dies geschieht in der Regel problemlos, sofern alle formalen Kriterien erfüllt sind. Auch das Recht auf kollektive Lohnverhandlungen wird garantiert. Diese arbeitsrechtlichen Regelungen sowie der Zugang zu sozialer Sicherung (Rente, Kranken- und Sozialversicherung) beziehen sich jedoch nur auf den formellen Sektor, der höchstens fünf Prozent der arbeitenden Bevölkerung umfasst.

Einschränkungen des Streikrechts bestehen im öffentlichen Sektor. Die Regierung verfügt über zahlreiche Möglichkeiten, auf dem administrativen Weg Hindernisse aufzubauen. Im Privatsektor besteht eine Meldefrist von drei Tagen vor Beginn des Streiks. Im öffentlichen Dienst gilt eine einmonatige Frist. Außerdem existieren zahlreiche Möglichkeiten, das Streikrecht aufzuweichen (Schutz von Personen und Sachen, die Bedrohung der öffentlichen Ordnung oder die Kontinuität der staatlichen Dienstleistungen usw.). Die Mehrzahl der Arbeits- und Sozialkonflikte dreht sich um Lohnforderungen. Die Regierung geht nicht repressiv gegen Gewerkschaften vor; Streiks, etwa im Bildungs- und Gesundheitssektor, sind nicht unüblich. Im Zuge der gewaltsamen Proteste im Juni 2023, die sich nach der Verurteilung des Oppositionsführer Ousmane Sonkos ereigneten, wurden Teile der Universität in Brand gesetzt und schwer beschädigt. Um die Situation zu deeskalieren (viele der Protestierende waren Student_innen), wurde die Universität Cheikh Anta Diop in Dakar am 1. Juni 2023 geschlossen. Die autonome Gewerkschaft für höhere Bildung (*Syndicat autonome de l'enseignement supérieure*) forderte anhaltend auf medienwirksame Art und Weise die Wiederaufnahme der Lehrtätigkeiten. Kurz vor den Präsidentschaftswahlen, Ende Februar 2024, wurde die Schließung aufgehoben als eine der Maßnahmen, um das angespannte gesellschaftliche Klima zu beruhigen.

Der Senegal hat bislang 42 ILO-Übereinkommen ratifiziert, wovon 38 in Kraft getreten sind. Die zehn Kernarbeitsnormen fallen darunter. Lediglich das Protokoll von 2014 zur Bekämpfung neuer Formen der Zwangsarbeit wurde noch nicht ratifiziert. 2022 hat die Regierung weitere Programme und Gesetzesänderungen auf den Weg gebracht, von denen vor allem Arbeitnehmerinnen profitieren: zum einen das neue nationale Programm für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz. Es hat zum Ziel, bessere Bedingungen zu gewährleisten und den rechtlichen und institutionellen Rahmen sowie die Interventionsmöglichkeiten der relevanten Aufsichtsbehörden zu verbessern. Zum anderen wurden zwei Gesetze zur Bekämpfung der Diskriminierung und Exklusion von Arbeitnehmerinnen verabschiedet. Mit dieser Änderung des Arbeitsrechts werden zwei Ziele verfolgt. Erstens sollen bestehende, teilweise eklatant mangelhafte Gesetzeslücken bezüglich des Schutzes von Arbeitnehmerinnen gefüllt werden (beispielsweise fehlender Kündigungsschutz Schwangerer). Zweitens soll die nationale Gesetzgebung mit internationalen Bestimmungen in Einklang gebracht werden, indem ein Rechtsrahmen für einen besseren Schutz der Mutterschaft am Arbeitsplatz geschaffen wird. Für beide Gesetze gibt es allerdings bislang noch keine Durchführungsdekrete. 2024 hat das Arbeitsministerium einen Gesetzesentwurf für ein komplett überarbeitetes Arbeitsgesetz auf den Weg gebracht. Das Parlament soll 2025 darüber abstimmen. Der Entwurf ist bislang nicht öffentlich.

GEWERKSCHAFTEN UND IHRE KERNAUFGABEN

Die senegalesische Gesetzgebung hat dem Recht auf Tarifverhandlungen stets einen hohen Stellenwert eingeräumt. Das Recht beruht auf dem ILO-Übereinkommen 98 und der senegalesischen Verfassung, die das Prinzip der Beteiligung und der Zusammenarbeit der Arbeitnehmer_innen unterstützt. Der soziale Dialog ist im Arbeitsgesetz verankert. Dafür wurde 2014 der sogenannte Hohe Rat für den sozialen Dialog (*Haut Conseil du Dialogue Social*) eingesetzt, welcher dreigliedrig organisiert ist und über 30 Mitglieder verfügt: vom Staat, von den als repräsentativ anerkannten Gewerkschaftsdachverbänden und von Arbeitgeberorganisationen. Das Mandat umfasst beispielsweise die Entwicklung angemessener Mechanismen für den sozialen Dialog auf nationaler und auf Branchenebene sowie die Veröffentlichung eines jährlichen Berichts. Der Mindestlohn wird hingegen unter der Ägide des Arbeitsministeriums verhandelt und beläuft sich auf aktuell 58 900 Francs CFA (ca. 90 Euro) pro Monat. Er ist nicht existenzsichernd und findet in der Praxis wenig Anwendung.

Hindernisse für einen funktionierenden sozialen Dialog sind verschiedene Faktoren, wie die Politisierung des Dialogs, die Nichteinhaltung der Abkommen zwischen Staat und Gewerkschaften im öffentlichen Sektor (bzw. Mängel in ihrer Umsetzung) sowie fehlendes Vertrauen zwischen den Mitgliedern. Hinzu kommt das Fehlen von Vermittlungs- und Schiedsverfahren für die Beilegung kollektiver Arbeitsstreitigkeiten, vor allem im öffentlichen Sektor. Für den Privatsektor ergibt sich das Problem, dass häufig nicht klar ist, mit wem auf welcher Basis verhandelt werden soll, und es gibt in den einzelnen Sektoren keinen Rahmen und keine Struktur für sozialen Dialog.

Der informelle Wirtschaftssektor ist aufgrund seiner Struktur nicht von Tarifverträgen abgedeckt. Nur ein sehr geringer Prozentsatz der erwerbsfähigen Bevölkerung ist Mitglied einer gewerkschaftlichen Organisation: Der Großteil der Bevölkerung ist, wie bereits erwähnt, in der informellen Wirtschaft tätig, die je nach Sektor unterschiedlich gut organisiert ist. Vor diesem Hintergrund sind die wichtigsten Anliegen der Gewerkschaften nach wie vor die gewerkschaftliche Einheit, eine inklusive und vorteilhafte Reform des Arbeitsgesetzes, die Förderung menschenwürdiger Arbeit und die soziale Sicherung der Arbeitnehmer_innen, insbesondere die Inklusion der in der informellen Wirtschaft Beschäftigten.

Aktuelle offizielle Zahlen zur Kinderarbeit im Senegal liegen nicht vor. In den illegal betriebenen (Gold-)Minen des Landes findet jedoch Kinderarbeit statt, ebenso in familiären Betrieben der Landwirtschaft sowie im informellen Sektor. Ein weiteres Problem sind die muslimischen Daara-Schulen (ca. 2 000 in Dakar), welche die Kinder mitunter zum Betteln auf der Straße zwingen.

GEWERKSCHAFTEN UND IHR (POLITISCHES) GEWICHT

Der Senegal erlebt aktuell einen Bruch in seiner jüngeren Gewerkschaftsgeschichte. Seit der Unabhängigkeit standen sich traditionell zwei Lager gegenüber. Auf der einen Seite gab es die Zusammenarbeit zwischen Staat, Arbeitgebern und den Gewerkschaften, die der jeweiligen Regierungspartei wohlgesonnen waren. Auf der anderen Seite existierte

eine autonome Gewerkschaftsbewegung, die historisch gesehen der Opposition nahestand. Gegenwärtig ist eine Entpolitisierung beider Richtungen zu beobachten. Diese Tendenz wird verstärkt durch die zunehmende Fragmentierung der Gewerkschaftslandschaft durch immer weitere Neugründungen von Gewerkschaften. Diese neuen Gewerkschaften fokussieren sich auf die Verteidigung der Interessen ihrer Mitglieder und ziehen sich in engere korporatistische Rahmen zurück. Die Vielzahl an Gewerkschaftsdachverbänden ermöglicht es der Regierung mitunter, das Gewicht der wichtigsten von ihnen zu relativieren. Angesichts dieser Schwäche der Bewegung aufgrund von Fragmentierung der Dachverbände ist eine Erneuerung der Gewerkschaftslandschaft zu beobachten: Es entstehen Bündnisse von Gewerkschaften, die im gleichen Bereich tätig sind. Diese Tendenz leistet der Ablösung der klassischen Gewerkschaftsverbände Vorschub, und die Forderungen von Arbeitnehmer_innen können politisch wirksamer platziert werden.

Gewerkschaftliche Stimmen zu aktuellen politischen Themen, wie beispielsweise die niedrige Kaufkraft der meisten Haushalte bei anhaltend hohen Lebenshaltungskosten, wurden im ersten Quartal 2025 zunehmend lauter. Die Hoffnung auf schnelle Veränderung, die mit dem Antritt der neuen Regierung verbunden war, hat sich bislang nicht erfüllt. Im Kampf gegen die negativen Auswirkungen des Klimawandels, die in Form von Küstenerosion und steigendem Meeresspiegel bereits deutlich spürbar sind, engagieren sich Gewerkschaften in Allianzen mit Umweltorganisationen und der Zivilgesellschaft vor allem auf lokaler Ebene, so zum Beispiel bezüglich der Fischerei. Die senegalesische Regierung hat im November 2024 ein Fischereiabkommen mit der EU auslaufen lassen. Doch nicht nur der Klimawandel und illegaler Fischfang bedrohen diesen Sektor, sondern auch die seit 2024 laufende Gasförderung vor der Küste Senegals und Mauretaniens. Im Umkreis der Gasplattform wurde eine Sperrzone errichtet, die nicht mehr befischt werden darf, obwohl sie besonders fischreich ist, was zu Protesten lokaler Fischereigewerkschaften geführt hat. Gewerkschaftliche Reflexionen zur Energiewende stehen noch am Anfang. Die *Just Energy Transition Partnership* (JETP) will jedoch die senegalesische Energiewende vorantreiben. Sie wurde im Juni 2023 mit einer Gruppe internationaler Geber unterzeichnet und sieht eine Unterstützung des Landes in Höhe von 2,5 Milliarden Euro vor.

Die Gewerkschaften stehen vor der Herausforderung, die Überalterung ihrer Führungsriege zu überwinden, das Vertrauen der Bevölkerung zu gewinnen und repräsentativer zu werden. Dies wäre beispielsweise möglich, indem sie sich stärker zu aktuellen Herausforderungen positionieren, etwa zu Klimawandel oder Digitalisierung.

***Claudia Ehing**, Leiterin des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung im Senegal*

KONTAKT

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Afrika
Hiroshimastraße 17 | 10785 Berlin

Verantwortlich:
Britta Utz, Referentin Südafrika, Gewerkschaften und Soziale Gerechtigkeit
britta.utz@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.